

BFS Aktuell

13 Soziale Sicherheit



Neuchâtel, November 2017

Statistischer Sozialbericht Schweiz

Aktualisierung der Hauptindikatoren

Gering Gebildete und Personen ausländischer Nationalität sowie Einelternhaushalte und kinderreiche Familien bleiben überproportional dem Risiko sozialer Ausgrenzung ausgesetzt. Trotz eines leichten Anstiegs der Erwerbslosigkeit bleibt die effektive Erwerbsbeteiligung stabil. Letztere ist bei den Frauen sowie bei der ausländischen Wohnbevölkerung sogar gestiegen. Das Bildungsniveau der Bevölkerung steigt nach wie vor an und dürfte sich positiv auf die Erwerbsbeteiligung auswirken. Im Allgemeinen reduzieren die sozialstaatlichen Ausgleichssysteme soziale Risiken, so dass die Bevölkerung beispielsweise bei Alter, Invalidität und Krankheit finanziell abgesichert ist. Das zeigt die Aktualisierung der wichtigsten Indikatoren des statistischen Sozialberichtes Schweiz.

Der im Jahr 2011 erstmals publizierte Statistische Sozialbericht Schweiz beschreibt gesamtschweizerisch die wichtigsten sozialen und wirtschaftlichen Tendenzen sowie die verschiedenen daraus entstehenden sozialen Risiken. Der Bericht ist 2015 zum zweiten Mal erschienen. Die vorliegende Publikation liefert eine Aktualisierung der Hauptindikatoren. Der Statistische Sozialbericht Schweiz von 2015 bezog sich auf die Situation bis 2013. Die hier präsentierten Analysen konzentrieren sich auf den Zeitraum von 2006 bis 2016, soweit die verfügbaren Daten dies ermöglichen.

Wirtschaftlicher und sozialer Kontext

Die sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen im Laufe der Zeit wirken sich dauerhaft auf die Lebensbedingungen der Schweizer Haushalte aus. Zum einen sind der Zugang zum Arbeitsmarkt, faire Löhne und wettbewerbsfähige Unternehmen die wichtigsten Garanten für den Erhalt des Konsumniveaus der Haushalte. Zum anderen werden die persönlichen Entfaltungsmöglichkeiten von der Zusammensetzung der Bevölkerung (z. B. Alter, Nationalität), der Rollenverteilung in der Familie sowie vom Bildungs- und Sozialsystem mitbestimmt.

Konjunkturelle Abschwächung und leichte Zunahme der Erwerbslosigkeit

Als Folge der Finanzkrise schlitterte die Schweizer Wirtschaft im Jahr 2009 in eine Rezession. Diese führte im selben Jahr zu einer Erhöhung der Erwerbslosenquote¹, die von 3,9% im Jahr 2008 auf 4,8% im Jahr 2009 anstieg (s. Grafik 1).

2010 und 2011 schrieb die Schweizer Wirtschaft wieder positive Zahlen und der Arbeitsmarkt erholte sich, ohne sich jedoch der tiefen Erwerbslosenquote von 2008 anzunähern. 2012 verzeichnete das Bruttoinlandprodukt (BIP) pro Kopf nahezu ein Nullwachstum; anschliessend wuchs es im Jahr 2014 wieder um mehr als 1%. Ab 2015 schwächte sich das Wachstum infolge der Aufhebung des Euro-Mindestkurses erneut ab und sank beinahe auf null. Parallel dazu stieg die Erwerbslosenquote nach einem leichten Rückgang im Jahr 2011 wieder an und blieb dann in den

¹ Zu den Erwerbslosen gemäss dem Internationalen Arbeitsamt (ILO) gehören Personen im Alter von 15–74 Jahren, die in der Referenzwoche nicht erwerbstätig waren, in den vier vorangegangenen Wochen aktiv eine Arbeit gesucht haben und die für die Aufnahme einer Tätigkeit verfügbar wären.

letzten vier Jahren des Beobachtungszeitraums relativ stabil (4,9% im Jahr 2016). Die Quote der Erwerbstätigen² stieg von 64,7% im Jahr 2006 auf 65,2% im Jahr 2016 an.

2016 arbeitete die Mehrheit der erwerbstätigen Frauen im tertiären Sektor (86,4%). Besonders häufig waren sie im Verkauf, im Gesundheits- und im Sozialwesen tätig. Bei den Männern stand der tertiäre Sektor ebenfalls an erster Stelle, allerdings weniger deutlich (66,4%); sie waren vorwiegend im Verkauf, in freiberuflichen oder administrativen Tätigkeiten vertreten. Weniger als ein Drittel der Männer arbeitete im sekundären Sektor, mehrheitlich in der verarbeitenden Industrie.

Entwicklung der Erwerbslosenquote gemäss ILO und der Veränderung des realen BIP pro Kopf gegenüber dem Vorjahr, 2006–2016

G 1



Quellen: BFS – Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR), Statistik der Erwerbslosigkeit gemäss ILO (ELS-ILO)

© BFS 2017

Zunahme der Reallöhne

Zwischen 2006 und 2016 betrug das durchschnittliche jährliche Wachstum der Nominallöhne 1,1%, jenes der Reallöhne 1,0%. 2008 ging die Kaufkraft der Löhne um 0,4% zurück, beeinflusst einerseits durch den Anstieg der Nominallöhne um 2,0% und andererseits die starke Inflation von 2,4%. Die Reallöhne stiegen zwischen 2009 und 2015 an, was zum Teil dem eher tiefen Inflationsniveau (-1,1% bis +0,2%) zu verdanken war.

2014³ belief sich der monatliche Bruttomedianlohn für die Gesamtbevölkerung der Schweiz auf 6427 Franken. Obwohl die Geschlechterdifferenz zwischen 2008 und 2014 weiter zurückging⁴, verdienten die Frauen 2014 nach wie vor weniger als die Männer: Ihr Lohn betrug 5907 Franken, gegenüber 6751 Franken bei den Männern.

² Als erwerbstätig gelten Personen im Alter von mindestens 15 Jahren, die in der Referenzwoche mindestens eine Stunde lang einer bezahlten Arbeit nachgegangen sind oder die, obwohl sie vorübergehend nicht gearbeitet haben (wegen Krankheit, Ferien, Mutterschaftsurlaub, Militärdienst usw.), als Angestellte oder Selbstständige erwerbstätig waren oder ohne Bezahlung im Familienbetrieb gearbeitet haben.

³ Für die absoluten Zahlen zu den Löhnen stehen aktuell nur Zahlen bis 2014 zur Verfügung.

⁴ Im Privatsektor betragen die Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen 23,6% im Jahr 2010 und 19,5% im Jahr 2014. Vgl. zu diesem Thema BFS (2017a).

Die monatlichen Bruttomedianlöhne im sekundären und tertiären Sektor beliefen sich im gleichen Jahr auf 6255 Franken bzw. 6523 Franken. Diese kleinen Unterschiede verdecken jedoch grössere Lohnabweichungen, die bei einer detaillierteren Betrachtung der einzelnen Zweigen dieser Sektoren zutage treten. Im Tertiärbereich wurden die höchsten Medianlöhne im Jahr 2014 mit 9400 Franken im Bereich der Finanzdienstleistungen erzielt. Demgegenüber verzeichnete der Bereich Beherbergung und Gastronomie Bruttolöhne von 4332 Franken.

Ausgleich der Einkommensungleichheiten durch Sozialtransfers

Zwischen 2006 und 2014 wiesen die Einkommensungleichheiten vor Sozialtransfers (äquivalenzgewichtetes Primäreinkommen⁵), die hier mit dem Quintilverhältnis S80/S20⁶ ausgedrückt werden, im Zeitverlauf gewisse Schwankungen auf. Auch wenn sich die Vertrauensintervalle überschneiden und keine wesentlichen Änderungen auftraten, sind gewisse Tendenzen erkennbar. 2008 und 2009 nahmen die Ungleichheiten ab, bevor sie 2010 und 2011 wieder auf das Ausgangsniveau von 2006 anstiegen (s. Grafik 2). 2013 verstärkten sie sich, 2014 gingen sie erneut zurück. In den kommenden Jahren wird sich zeigen, ob sich diese Verringerung bestätigt.

Demgegenüber lassen sich bei den Einkommen nach Sozialtransfers und Steuern (Bruttoäquivalenzeinkommen⁷ und verfügbares Äquivalenzeinkommen⁸) kaum Schwankungen feststellen. In den vergangenen Jahren nahm die Ungleichheit gemessen am verfügbaren Äquivalenzeinkommen tendenziell zu, mit Ausnahme des letzten untersuchten Jahres (2014). Die Ergebnisse zeigen dennoch, dass die Einkommensumverteilung durch den Staat im Untersuchungszeitraum wirkt.

⁵ Das Äquivalenzeinkommen wird ausgehend vom Haushaltseinkommen berechnet. Dabei wird die Haushaltsgrösse über die Äquivalenzskala des Haushalts einberechnet. Das Primäreinkommen besteht aus der Summe der Erwerbseinkommen aller Mitglieder eines Haushalts und ihrer Einkommen aus Vermögen und Vermietung.

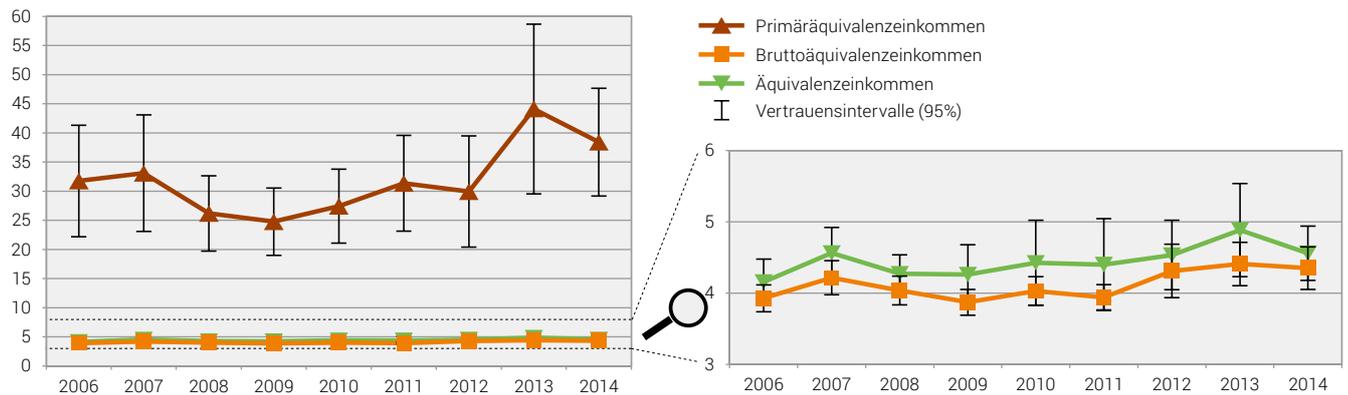
⁶ Das Quintilverhältnis S80/S20 misst die Ungleichheit der Einkommensverteilung und kann wie folgt interpretiert werden: Das Einkommen der reichsten 20% der Bevölkerung ist x Mal höher als das Einkommen der ärmsten 20%.

⁷ Das Bruttoeinkommen der Haushalte beinhaltet die Einkommen sämtlicher Haushaltsmitglieder, d.h.: die Bruttolöhne (vor Sozialabgaben), Einkommen aus selbstständiger Erwerbstätigkeit, Renten, Zinsen, Transfereinkommen von anderen Haushalten, Einkommen in Form von Sachleistungen des eigenen Unternehmens, Leistungen des Arbeitgebers, Produkte aus dem eigenen Garten usw.

⁸ Das verfügbare Einkommen wird berechnet, indem vom Bruttoeinkommen die obligatorischen Transferausgaben abgezogen werden. Dazu gehören Sozialversicherungsbeiträge (AHV/IV, berufliche Vorsorge usw.), Steuern, Krankenkassenprämien für die Grundversicherung und regelmässige Transfers zwischen den Haushalten (z. B. Unterhaltsbeiträge).

Entwicklung der Quintilverhältnisse (S80/S20), Gesamtbevölkerung, 2006–2014

G2



Quelle: BFS – Haushaltsbudgeterhebung (HABE)

© BFS 2017

Einwanderung dämpft die demographische Alterung

2016 lebten in der Schweiz 8,4 Millionen Menschen. Rund ein Viertel davon war ausländischer Nationalität. Zwischen 2006 und 2016 nahm die Bevölkerung um 12,1% zu.

Die Wanderungsbewegungen verändern die demografische Alterung und die Grösse der Bevölkerung und damit auch das Arbeitskräfteangebot. In den vergangenen Jahren hat die Einwanderung von Personen im erwerbsfähigen Alter die Bevölkerungsalterung der Schweiz teilweise aufgehoben und die Erwerbsbevölkerung vergrössert. 2016 war der Anteil Erwerbstätiger in der ausländischen Bevölkerung höher als bei den Schweizerinnen und Schweizern und stieg zwischen 2006 und 2016 rascher an.

Werden die über 64-Jährigen betrachtet, war der Anteil der ausländischen Staatsangehörigen tiefer als jener der Schweizerinnen und Schweizer. Auch der Altersquotient⁹ der Ausländerinnen und Ausländer war 2016 tiefer und hat sich über die Jahre nur leicht erhöht (von 10,6 im Jahr 2006 auf 11,0 im Jahr 2016). Bei den Schweizerinnen und Schweizern ist der Quotient hingegen deutlich gestiegen (von 30,8 auf 36,7).

Darüber hinaus tragen die Ausländerinnen zur Erhöhung der Geburtenziffer¹⁰ in der Schweiz bei. Im Durchschnitt bringen sie mehr Kinder zur Welt als Schweizerinnen. Zwischen 2006 und 2016 lag ihre zusammengefasste Geburtenziffer zwischen 1,8 und 1,9 Kindern und damit über dem Durchschnitt für die gesamte weibliche Bevölkerung, der in dieser Zeitspanne 1,5 betrug. Bei den Schweizerinnen ist im selben Zeitraum ein leichter Anstieg auf 1,4 Kinder im Jahr 2016 zu beobachten (2006: 1,3 Kinder).

⁹ Verhältnis zwischen der in der Regel nicht erwerbstätigen Bevölkerung in fortgeschrittenem Alter (ab 65 Jahren) und der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (20 bis 64 Jahre). Das Ergebnis wird als Anzahl Personen ab 65 Jahren pro 100 Personen im Alter von 20 bis 64 Jahren ausgedrückt.

¹⁰ Durchschnittliche Anzahl Kinder, die eine Frau im Verlauf ihres Lebens zur Welt bringen würde, wenn die altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern eines bestimmten Kalenderjahres bis zum Ende des Gebärfähigkeitsalters der Frau konstant blieben.

Vermehrte Arbeitsmarktteilnahme der Frauen

Die Arbeitsmarktteilnahme der Frauen ist zwar nach wie vor geringer als jene der Männer, sie nimmt aber stetig zu. Dies zeigt die Erwerbsquote¹¹ der Frauen, die zwischen 2006 und 2016 von 59,8% auf 62,8% gestiegen ist. Bei den Männern hat sich diese Quote im gleichen Zeitraum kaum verändert (75,4% gegenüber 74,5%). Tendenziell beteiligen sich ausländische Frauen mehr am Arbeitsmarkt als schweizerische. Ihre Erwerbsbeteiligung hat aber seit 2006 zugenommen (von 64,9% auf 68,5% im Jahr 2016).

Die Erwerbstätigenquote der Frauen ist zwischen 2006 und 2016 ebenfalls angestiegen, von 56,9% auf 59,7%; bei den Männern ist sie in der gleichen Zeit zurückgegangen (72,8% gegenüber 70,9%). Bei den Schweizer Männern ist ein stärkerer Rückgang zu verzeichnen als bei den Ausländern (–2,6 Prozentpunkte gegenüber –0,7 Prozentpunkten). Die Männer ausländischer Nationalität wiesen 2016 eine höhere Erwerbstätigenquote auf als die Schweizer (74,8% gegenüber 69,5%). Bei den ausländischen Frauen war die Erhöhung der Quote deutlicher als bei den Schweizerinnen (+4,2 Prozentpunkte gegenüber +2,3 Prozentpunkte), und analog war die Erwerbstätigenquote bei den Ausländerinnen 2016 höher als bei den Schweizerinnen (62,3% gegenüber 59,0%).

Ein hohes Bildungsniveau senkt das Risiko der Erwerbslosigkeit

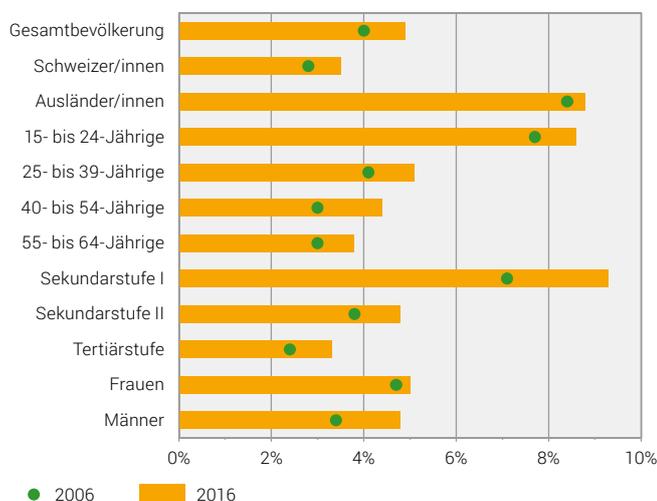
Zu den Gruppen mit dem höchsten Risiko, erwerbslos zu werden, gehörten 2016 Ausländerinnen und Ausländer (8,8%), Personen ohne nachobligatorische Ausbildung (9,3%) und junge Menschen zwischen 15 und 24 Jahren (8,6%, s. Grafik 3). Dahinter folgten die Frauen (5,0%) und die 25- bis 39-Jährigen (5,1%). Die Erwerbslosenquoten dieser Gruppen schwankten zwar zwischen 2006 und 2016, sie lagen aber mehrheitlich über dem Durchschnitt für die Gesamtbevölkerung. Der Unterschied zwischen Männern und Frauen ist indessen zurückgegangen. Im selben Zeitraum ist die Erwerbslosenquote der Frauen nur leicht gestiegen, während bei

¹¹ Bei der Erwerbsquote handelt es sich um den Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose gemäss ILO) an der Referenzbevölkerung (die Bevölkerung ab 15 Jahren) oder, mit anderen Worten, um den Bevölkerungsanteil, der seine Dienstleistungen auf dem Arbeitsmarkt anbietet.

Erwerbslosenquote gemäss ILO nach verschiedenen soziodemografischen Merkmalen, 2006 und 2016

Jahresdurchschnitte (bzw. 2. Halbjahr bis 2009)

G3



Für den Zeitraum 2010–2016 wurde die Gewichtung der SAKE-Daten revidiert. In der Gewichtungsprozedur wurden für die Nachschichtung zusätzlich Sozialversicherungsdaten berücksichtigt. Die Revision führt bei der Erwerbslosenquote gemäss ILO zwischen 2009 und 2010 zu einem Bruch in der Zeitreihe. Zudem wurden für die Jahre 2006 bis 2009 die Ergebnisse des zweiten Halbjahres und für die Jahre ab 2010 der Jahresdurchschnitt verwendet. Dies kann zu einer leichten Verzerrung führen, wenn der Indikator saisonalen Schwankungen unterworfen ist (z.B. Erwerbslosigkeit).

Quelle: BFS – Schweizerische Arbeitskräfteerhebung (SAKE)

© BFS 2017

den Männern ein stärkerer Anstieg zu verzeichnen ist. Bei den Personen ohne nachobligatorische Ausbildung hat die Erwerbslosenquote am stärksten zugenommen (+2,2 Prozentpunkte). Zudem lässt sich feststellen, dass Personen mit Tertiärabschluss (3,3%), über 40-Jährige und schweizerische Staatsangehörige (3,5%) im Jahr 2016 ein geringeres Risiko aufwiesen, erwerbslos zu werden.

Ferner waren 2016 über dreimal mehr Frauen als Männer von Unterbeschäftigung¹² betroffen (11,2% gegenüber 3,6%). Dieses Resultat widerspiegelt die Geschlechterdifferenzen beim Beschäftigungsgrad: Die Frauen arbeiten häufiger Teilzeit, was ihnen die Vereinbarkeit von Familie und Berufsleben erleichtert. Nicht immer entspricht dies jedoch ihren Wünschen. Ausländische Personen möchten häufiger mehr arbeiten (8,5% gegenüber 6,6% bei den Schweizerinnen und Schweizern); dies trifft insbesondere auf ausländische Frauen zu (14,8%). Es zeigt sich auch, dass Unterbeschäftigung mit zunehmendem Alter verbreiteter vorkommt: 2016 belief sich die Unterbeschäftigungsquote bei den 15- bis 24-Jährigen auf 6,2%, bei den 40- bis 54-Jährigen auf 7,8% und bei den 55- bis 64-Jährigen auf 7,1%.

¹² Als Unterbeschäftigte gelten erwerbstätige Personen, die ein normales Arbeitspensum von weniger als 90% der betriebsüblichen Arbeitszeit aufweisen, die mehr arbeiten möchten und die innerhalb von drei Monaten für eine Arbeit mit erhöhtem Pensum verfügbar wären.

Lebensbedingungen der Bevölkerung

Neben dem Einkommen aus der Erwerbstätigkeit und dem Vermögen haben auch die Sozialtransfers und die allgemeinen Lebensbedingungen (z. B. Ausbildung, Gesundheit und Freizeit) einen konkreten Einfluss auf die persönlichen Entfaltungsmöglichkeiten und können helfen, Schwierigkeiten zu überwinden. Fehlen bei Problemen eine oder mehrere dieser Ressourcen, kann sich die persönliche und berufliche Situation der Betroffenen verschlechtern.

Erwerbstätigkeit bleibt Hauptquelle des Haushaltseinkommens

2014 belief sich das durchschnittlich verfügbare Haushaltseinkommen der Schweizer Bevölkerung auf 7176 Franken. Seit 2006 (damals betrug es noch 6101 Franken) ist das verfügbare Einkommen gestiegen. Zwischen 2012 und 2014 (zusammengelegte Stichproben) betrug es 4885 Franken für Alleinlebende unter 65 Jahren und 3491 Franken für Alleinlebende ab 65 Jahren. Unter 65-jährige Paare ohne Kinder hatten ein verfügbares Einkommen von 9037 Franken; Paare ab 65 Jahren verfügten über 5966 Franken. Diese Resultate zeigen wenig überraschend, dass das verfügbare Einkommen der Haushalte mit der Pensionierung sinkt. Überdies betrug das verfügbare Einkommen von alleinlebenden Eltern mit Kindern 6183 Franken und jenes von Paaren mit Kindern 9736 Franken.

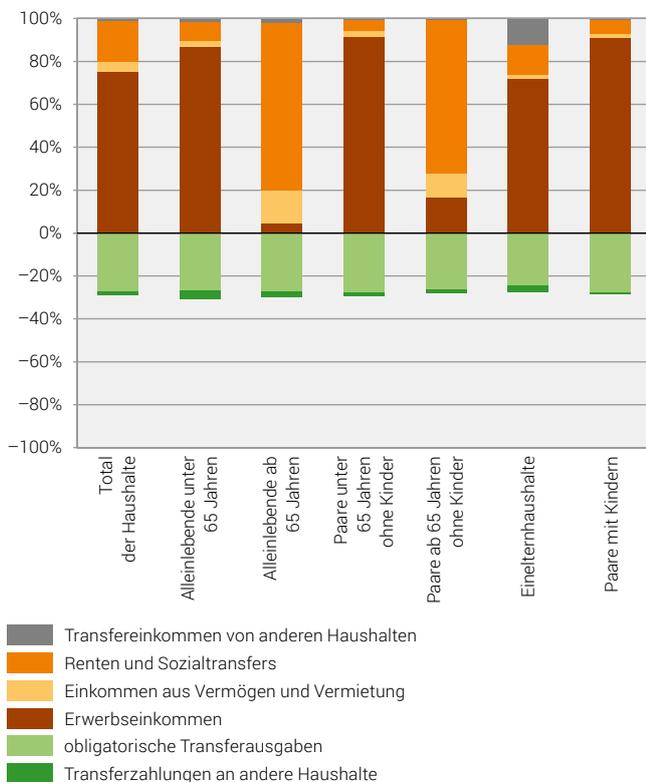
Bei den Haushalten mit Personen unter 65 Jahren stammte das Bruttoeinkommen zwischen 2012 und 2014 hauptsächlich aus der Erwerbstätigkeit. Bei diesen Haushalten, mit Ausnahme der alleinlebenden Eltern mit Kindern, umfasste das Arbeitslohn rund 90% des Bruttoeinkommens (s. Grafik 4). Die obligatorischen Transferausgaben stellten für alle Haushalte ungefähr die gleiche Belastung dar (rund 27% ihres Bruttoeinkommens). Bei den alleinlebenden Eltern mit Kindern fiel der Anteil dieser Ausgaben jedoch etwas weniger ins Gewicht (rund 24%). Dieses Ergebnis ist auf das tendenziell tiefere Einkommen aus der Erwerbstätigkeit der Einelternhaushalte zurückzuführen. Diesen kamen allerdings höhere Sozialtransfers und monetäre Transfereinkommen aus anderen Haushalten zu als den übrigen Haushalten mit unter 65-Jährigen. Ab 65 Jahren bilden die Renten den grössten Anteil des Bruttoeinkommens. Für diese Haushalte war zudem der Anteil der Einkommen aus Vermögen und Vermietung höher als für die anderen Haushalte.

Steigendes Bildungsniveau der Bevölkerung

Zwischen 2006 und 2016 ist das Bildungsniveau der Bevölkerung (25- bis 64-Jährige) gestiegen. In diesem Zeitraum haben die Anteile der Personen ohne nachobligatorische Ausbildung (14,6% im Jahr 2006 gegenüber 12,6% im Jahr 2016) und der Personen mit einem Abschluss der Sekundarstufe (55,6% gegenüber 46,2%) abgenommen, wohingegen der Anteil derjenigen mit einer Tertiärausbildung zugenommen hat (von 29,9% auf 41,2%). Obschon Männer zwar insgesamt nach wie vor ein höheres Bildungsniveau aufweisen als Frauen, ist vor allem bei Letzteren eine Erhöhung

Zusammensetzung des Bruttoeinkommens und Transferausgaben nach Haushaltstyp, 2012–2014 (100% = Bruttoeinkommen)

G4



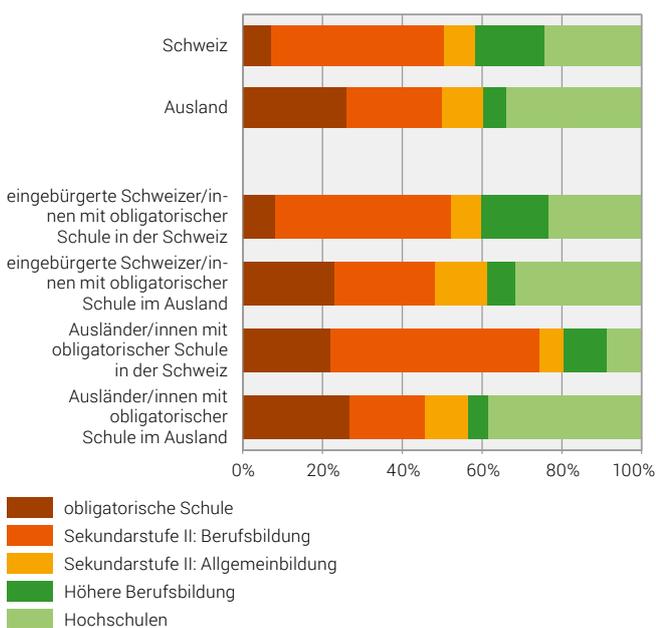
Quelle: BFS – Haushaltsbudgeterhebung (HABE)

© BFS 2017

Bildungsstand der Bevölkerung nach Nationalität und nach höchster abgeschlossener Ausbildung, 2016

In % der 25- bis 64-jährigen Wohnbevölkerung

G5



Quelle: BFS – Schweizerische Arbeitskräfteerhebung (SAKE)

© BFS 2017

festzustellen. Gleichzeitig ist auch das Bildungsniveau der Ausländerinnen und Ausländer angestiegen. Unter ihnen ist der Anteil der Personen ohne nachobligatorischen Abschluss von 32,8% auf 26,1% gesunken, während sich derjenige der Personen mit einem tertiären Abschluss von 28,0% auf 39,7% erhöht hat.

2016 verfügten ausländische Personen einerseits häufiger über keine nachobligatorische Ausbildung (26,1% gegenüber 7,2% für die Schweizer/innen, s. Grafik 5), andererseits konnten sie aber häufiger einen Hochschulabschluss vorweisen als Schweizer Staatsangehörige (33,9% gegenüber 24,2%). Schweizerinnen und Schweizer hingegen absolvierten häufiger eine Berufsbildung auf Sekundar- oder Tertiärstufe (bzw. 43,2% und 24,1%). Eine vertiefte Betrachtung des Bildungsniveaus nach Migrationshintergrund¹³ ergibt, dass 2016 Ausländerinnen und Ausländer sowie eingebürgerte Schweizerinnen und Schweizer, die die obligatorische Schule im Ausland absolviert haben, häufiger einen Hochschulabschluss besitzen (38,5 bzw. 31,7%). Sie weisen aber auch einen relativ hohen Anteil an Personen ohne nachobligatorische Ausbildung auf (26,8% bzw. 23,2%). Ausländische Personen und eingebürgerte Schweizerinnen und Schweizer, die die obligatorische Schule ganz oder teilweise in der Schweiz absolviert haben, schliessen hingegen häufiger eine berufliche Grundbildung ab (52,5% bzw. 44,1%). Bei den Jugendlichen, die die Schule vorzeitig abbrechen¹⁴, lässt sich zwischen 2006 und 2016 eine Abnahme beobachten (10,3% gegenüber 5,6%). 2016 waren Ausländerinnen und Ausländer öfter in dieser Situation als Schweizerinnen und Schweizer (12,9% gegenüber 3,6%).

Zunahme der Teilzeitarbeit bei den Männern

Die Teilzeitarbeit, die insbesondere aufgrund der Tertiärisierung des Arbeitsmarktes an Bedeutung gewonnen hat, bleibt eine der Hauptlösungen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben. Zwischen 2006 und 2016 hat der Anteil der Personen mit Teilzeitarbeit von 32,2% auf 36,5% zugenommen. Während die Beteiligung der Frauen am Arbeitsmarkt immer stärker wird, hat sich ihre Situation beim Beschäftigungsgrad seit 2006 kaum verändert: Frauen arbeiten immer noch mehrheitlich Teilzeit, und diese Tendenz hat sich über die Jahre sogar verstärkt (von 56,5% im Jahr 2006 auf 58,8% im Jahr 2016). Bei den Männern bleibt die Mehrheit der Vollzeitbeschäftigung treu. Es lässt sich jedoch auch bei ihnen seit 2006 eine Zunahme der Teilzeitbeschäftigung beobachten (von 12,0% im Jahr 2006 auf 17,1% im Jahr 2016). 2016 arbeiteten ausländische Personen weniger häufig Teilzeit als schweizerische (26,9% gegenüber 39,7%). Wie bei den Schweizerinnen waren es vor allem ausländische Frauen, die dieses Modell wählten (49,2% gegenüber 10,6% bei den Männern). Seit

¹³ Die Berechnung des Bildungsniveaus der Bevölkerung nach Herkunft geht von der Wohnsitzdauer der Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz aus. Die Kategorien «mit obligatorischer Schule in der Schweiz» umfassen eingebürgerte und ausländische Personen, die vor dem 17. Altersjahr in die Schweiz gekommen sind, d.h. Personen, die die obligatorische Schule ganz oder teilweise in der Schweiz durchlaufen haben. Kategorien «mit obligatorischer Schule im Ausland» beinhalten eingebürgerte und ausländische Personen, die nach dem 17. Altersjahr in die Schweiz gekommen sind.

¹⁴ Dieser Indikator zeigt den Anteil der 18- bis 24-Jährigen, die nicht mehr zur Schule gehen und höchstens die obligatorische Schule abgeschlossen haben, in % der ständigen Wohnbevölkerung im entsprechenden Alter.

2006 ist aber auch bei den ausländischen Männern eine Zunahme der Teilzeitarbeit zu verzeichnen (+2,4 Prozentpunkte). Bei den Schweizern fiel die Erhöhung indessen deutlicher aus (+6,4 Prozentpunkte).

Der Beschäftigungsgrad der Frauen verändert sich mit dem Alter des jüngsten Kindes. Sowohl alleinlebende als auch in einem Paarhaushalt lebende Mütter tendieren dazu, mit zunehmendem Alter des Kindes mehr zu arbeiten. Bei den Männern zeigte sich diese Konstellation nur bei alleinlebenden Vätern mit Kindern: Bei Männern in einem Paarhaushalt beeinflusste das Alter des jüngsten Kindes ihren Beschäftigungsgrad kaum.

Frauen häufiger von Mehrfacherwerbstätigkeit und Arbeit auf Abruf betroffen

Neben der Teilzeitarbeit können bestimmte Arbeitsbedingungen – wenn sie nicht gewünscht sind – zu Prekarität im Alltag führen. Dies gilt in erster Linie auf der Ebene des Einkommens, das manchmal nicht ausreicht, um über die Runden zu kommen und einen genügenden Sozialschutz sicherzustellen; aber auch auf der Ebene der Gesundheit und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Zwischen 2006 und 2016 hat die Mehrfacherwerbstätigkeit¹⁵ zugenommen (von 6,6% auf 7,8%). 2016 waren Frauen häufiger davon betroffen als Männer (10,3% gegenüber 5,7%). Schweizerische Staatsangehörige übten häufiger mehrere Erwerbstätigkeiten aus als ausländische (8,4% gegenüber 6,0%).

Im Beobachtungszeitraum ist die Arbeit auf Abruf tendenziell zurückgegangen (von 6,5% auf 5,1%). 2016 waren Frauen mit Kindern unter 15 Jahren am häufigsten in dieser Situation (6,5%).

Der Anteil der befristeten Verträge ist im selben Zeitraum ebenfalls gestiegen, von 6,7% im Jahr 2006 auf 7,9% im Jahr 2016. 2016 waren Frauen und ausländische Personen am häufigsten an einen befristeten Arbeitsvertrag gebunden (8,4% bzw. 10,2%).

System der sozialen Sicherheit

In der Schweiz beruht die soziale Sicherheit auf einem komplexen mehrstufigen System. Dazu gehören als Erstes die Sozialversicherungen, die bundesgesetzlich geregelt sind und Schutz vor besonderen sozialen Risiken wie Invalidität, Alter oder Arbeitslosigkeit bieten, dies ungeachtet der finanziellen Situation der versicherten Person.

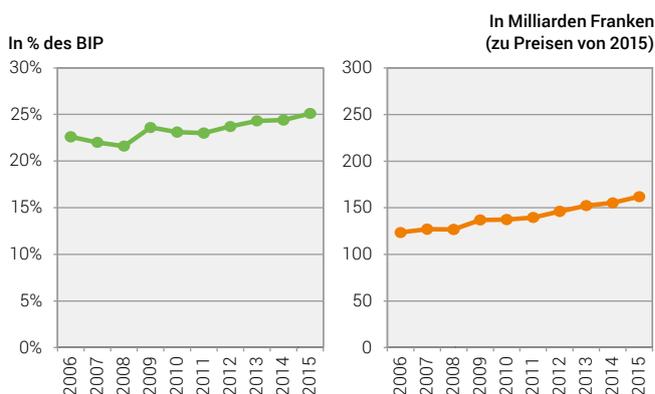
Dann gibt es die bedarfsabhängigen Sozialleistungen¹⁶, die von den Kantonen ausgerichtet werden, um zu verhindern, dass die Betroffenen Sozialhilfe im engeren Sinn (auch wirtschaftliche Sozialhilfe genannt) beziehen müssen. Diese Sozialleistungen stellen die Deckung der Grundbedürfnisse von Personen sicher,

¹⁵ Anteil der Erwerbstätigen mit mehr als einer Beschäftigung.

¹⁶ Die vorgelagerten bedarfsabhängigen Sozialleistungen der Sozialhilfe im engeren Sinn umfassen die Ergänzungsleistungen, die Alters- und Invaliditätsbeihilfen, die Arbeitslosenhilfen, die Familienbeihilfen, die Alimentenbevorschussung und die Wohnbeihilfen. Vgl. zu diesem Thema BFS (2017b).

Entwicklung der Ausgaben für Sozialleistungen, 2006–2015

G6



Quelle: BFS – Gesamtrechnung der Sozialen Sicherheit (GRSS)

© BFS 2017

die nicht über ausreichende individuelle und familiäre Ressourcen verfügen und nur beschränkt Anspruch auf Sozialversicherungsleistungen haben.

Die Sozialhilfe im engeren Sinn schliesslich ist das letzte Auffangnetz des Systems der sozialen Sicherheit. Sie stellt die Deckung der Grundbedürfnisse für Personen sicher, die keinen Zugang zu anderen, vorgelagerten Sozialleistungen haben. Die Sozialhilfe im engeren Sinn und die bedarfsabhängigen Sozialleistungen bilden zusammen die Sozialhilfe im weiteren Sinn.

Alter und Krankheit sind die grössten Ausgabenposten

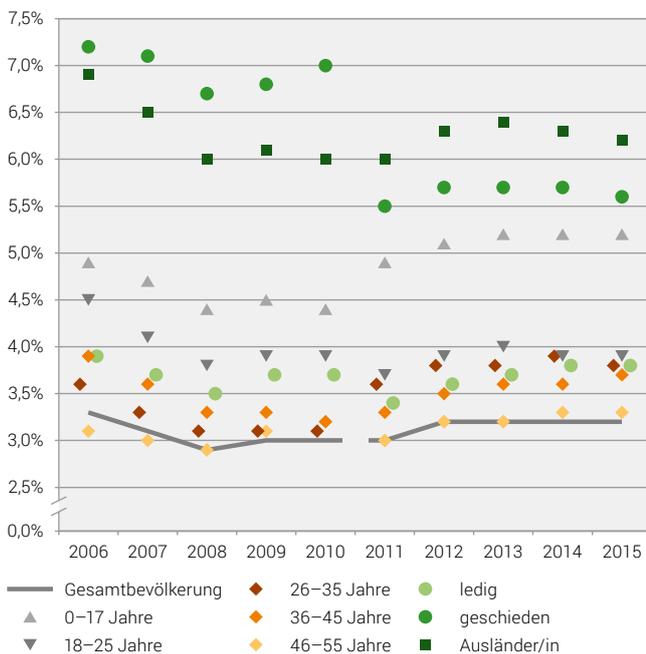
Anhand der Gesamtrechnung der Sozialen Sicherheit kann die Aufteilung der Ausgaben nach Art der abgedeckten Risiken bzw. Bedürfnisse aufgezeigt werden (Krankheit/Gesundheitsversorgung; Invalidität; Alter; Hinterbliebene; Familie/Kinder; Arbeitslosigkeit; Wohnen; soziale Ausgrenzung).

Zwischen 2006 und 2015 sind die Ausgaben für Sozialleistungen in Prozent des BIP von 22,6% um 2,5 Prozentpunkte auf 25,1% gestiegen (s. Grafik 6). 2006 beliefen sie sich auf 124 Milliarden Franken (zu laufenden Preisen von 2015), 2015 erreichten sie 162 Milliarden.

Zwischen 2006 und 2015 waren bei den Anteilen an den Gesamtausgaben einige Veränderungen zu beobachten. Die zur Absicherung gegen Alter und für Krankheit/Gesundheitsversorgung aufgewendeten Anteile blieben aufgrund der demografischen Alterung am höchsten. Sie sind im Laufe der Zeit sogar gestiegen. 2006 umfassten die Ausgaben für Krankheit/Gesundheitsversorgung einen Anteil von 27,1%, bis 2015 stieg er auf 29,8% an. Der Anteil der Altersleistungen wuchs von 41,5% im Jahr 2006 auf 42,9% im Jahr 2015. In der gleichen Zeit sind die Anteile der Ausgaben für Invalidität und Arbeitslosigkeit zurückgegangen. Bei der Invalidität ist der Anteil von 12,1% auf 9,1% gesunken; bei der Arbeitslosigkeit betrug diese knapp 0,6 Prozentpunkte (von 4,3% auf 3,7%). Sowohl bei der Arbeitslosenversicherung als auch der Invalidenversicherung wurden zwischen 2006 und 2015 Revisionen vorgenommen, die darauf abzielten, das finanzielle Gleichgewicht wiederherzustellen. Diese Massnahmen könnten zur Senkung der betreffenden Anteile beigetragen haben.

Entwicklung der Sozialhilfequote der Risikogruppen nach verschiedenen soziodemografischen Merkmalen, 2006–2015

G7



In der Grafik sind nur die Gruppen aufgeführt, die eine höhere Sozialhilfequote aufweisen als die Gesamtbevölkerung.

Quelle: BFS – Schweizerische Sozialhilfeempfängerstatistik (SHS)

© BFS 2017

Steigende Ausgaben für die Sozialhilfe im weiteren Sinn

Die Ausgaben für die Sozialhilfe im weiteren Sinn sind zwischen 2006 und 2015 um 44,7% angestiegen und erreichten 2015 8 Milliarden Franken. 60,0% der Gesamtausgaben wurden für Ergänzungsleistungen aufgewendet (4,8 Milliarden Franken). An zweiter Stelle steht die Sozialhilfe im engeren Sinn mit einem Drittel der Ausgaben (2,6 Milliarden Franken). Die übrigen vorgelagerten bedarfsabhängigen Sozialleistungen umfassten 7,3% der Gesamtausgaben.

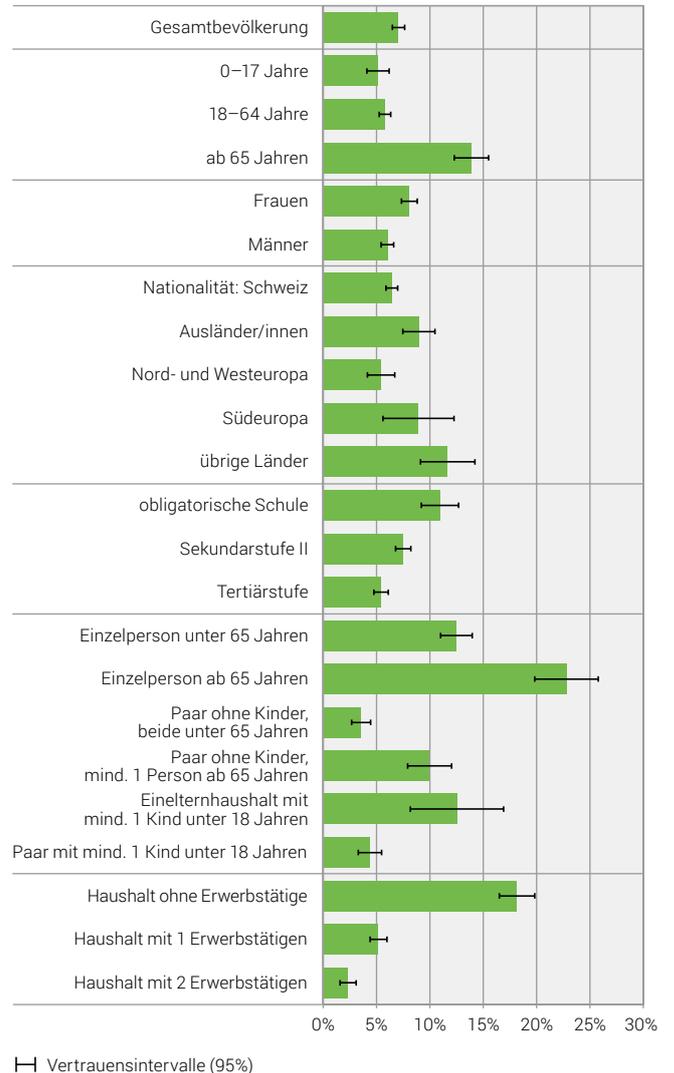
Risikogruppen der sozialen Ausgrenzung

Trotz der Existenz eines Sozialversicherungssystems und vorgelegter bedarfsabhängiger Sozialleistungen kommt es vor, dass manche Personen nicht über die nötigen Ressourcen verfügen, um gewisse finanzielle Schwierigkeiten zu überwinden, und trotzdem keinen Anspruch auf bestimmte Versicherungs- oder Sozialleistungen haben. In einigen Fällen ist der vom System gewährte Betrag der vorgelagerten Sozialleistung nicht ausreichend, um die Grundbedürfnisse der betreffenden Personen zu decken. Diese können auf Sozialhilfe im engeren Sinn¹⁷ angewiesen oder von Armut betroffen sein.

¹⁷ Um die Lektüre zu vereinfachen, wird mit Sozialhilfe in diesem Kapitel die Sozialhilfe im engeren Sinn bzw. die wirtschaftliche Sozialhilfe bezeichnet.

Armutsquote nach verschiedenen soziodemografischen Merkmalen, 2015

G8



— Vertrauensintervalle (95%)

Die Armutsquote basiert auf dem Einkommen ohne Berücksichtigung allfälliger Vermögensbestände. Die Haushaltsvariablen beziehen sich auf Personen, die in Haushalten mit solchen Merkmalen wohnen. Die Variablen zu Bildung und Arbeitsmarkt werden nur für Personen ab 18 Jahren erhoben. Als arme Erwerbstätige werden hier alle Personen bezeichnet, welche während mehr als der Hälfte des Kalenderjahres vor der Erhebung voll- oder teilzeiterwerbstätig waren und in einem armen Haushalt leben. Als Kinder gelten alle Personen unter 25 Jahren, die bei ihrem Vater und/oder ihrer Mutter leben. Es werden nur Untergruppen mit mindestens 200 Beobachtungen in der Stichprobe und einem Vertrauensintervall von maximal ±10% ausgewiesen. Mithilfe der Vertrauensintervalle lässt sich bestimmen, ob die beobachteten Unterschiede statistisch signifikant sind.

Quelle: BFS – Erhebung über die Einkommen und die Lebensbedingungen (SILC)

© BFS 2017

Sozialhilfequote und Risikogruppen bleiben unverändert

2015 bezogen 265 626 Personen, d.h. 3,2% der Bevölkerung, Leistungen der Sozialhilfe (s. Grafik 7). Dabei lässt sich feststellen, dass ausländische und geschiedene Personen (6,2% bzw. 5,6%) sowie Minderjährige (5,2%) unter den Sozialhilfebeziehenden übervertreten sind. Bei den 18- bis 55-Jährigen liegt die Sozialhilfequote zwar tiefer, aber weiterhin höher als in der Gesamtbevölkerung. Je näher das Rentenalter rückt, umso mehr geht die Quote zurück, bis sie unter derjenigen der Gesamtbevölkerung

liegt. Bei den über 64-Jährigen ist die Sozialhilfequote deutlich tiefer und beträgt noch 0,2%. Hier treten häufig die Renten und die bundesrechtlichen Ergänzungsleistungen der Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) an die Stelle der Sozialhilfe. Die Quote der von der Sozialhilfe unterstützten Haushalte¹⁸ war für die Haushalte mit Minderjährigen am höchsten (5,0% gegenüber 4,1% für sämtliche Haushalte). Von diesen wiesen Haushalte bestehend aus einer erwachsenen Person und einem oder mehreren minderjährigen Kindern die höchste Quote auf (22,1%).

2015 waren Personen ohne nachobligatorische Ausbildung unter den Sozialhilfebeziehenden zahlreicher vertreten als in der gesamten Bevölkerung (50,1% im Vergleich zu 19,1%); dasselbe gilt für Nichterwerbspersonen und Erwerbslose (34,4% bzw. 39,5% gegenüber 17,3% bzw. 4,0%). Erwerbstätige waren hingegen unterrepräsentiert (26,1% gegenüber 78,6% für die Gesamtbevölkerung).

Wird die Entwicklung der Sozialhilfequote (2006 – 2015) betrachtet, zeigt sich, dass sich die Situation weder bei der Gesamtbevölkerung noch bei den einzelnen soziodemografischen Kategorien wesentlich verändert hat (s. Grafik 7). Zunächst war zwischen 2006 und 2008 eine allgemeine Abnahme zu verzeichnen, anschliessend 2009 sowie 2012 eine Zunahme.¹⁹ Seit 2013 sind die Sozialhilfequoten der verschiedenen Risikogruppen wie auch der Gesamtbevölkerung relativ stabil. Bei den Minderjährigen beispielsweise liegt die Quote seit dem Jahr 2013 bei 5,2%.

Armut geht tendenziell zurück

Anhand der absoluten Armutsquote²⁰ kann ermittelt werden, welche Bevölkerungsgruppen nicht über die finanziellen Mittel verfügen, um die für ein gesellschaftlich integriertes Leben notwendigen Güter und Dienstleistungen zu erwerben.

Seit 2007 (9,3%) ist die Armutsquote tendenziell rückläufig.²¹ Im Jahr 2015 waren in der Schweiz 7,0% der Bevölkerung oder rund 570 000 Personen von Armut betroffen (s. Grafik 8). Davon gingen rund 145 000 Personen bzw. 3,9% der erwerbstätigen Bevölkerung (18-Jährigen und älter) einer Erwerbstätigkeit nach. Personen in Haushalten ohne Erwerbstätige (18,2%),

Alleinlebende unter 65 Jahren (12,5%) und Einelternhaushalte mit minderjährigen Kindern (12,5%) sind am häufigsten von Armut betroffen. Dahinter folgen ausländische Personen aus dem aussereuropäischen Raum (11,7%) und Personen ohne nachobligatorische Ausbildung (10,9%). Auch bei den Personen ab 65 Jahren ist eine hohe Armutsquote zu verzeichnen (13,9%). Hier ist jedoch darauf hinzuweisen, dass die Armutsquote ausschliesslich aufgrund des Einkommens berechnet wird. Die älteren Personen können indessen zur Finanzierung ihrer laufenden Ausgaben häufig auf Vermögen zurückgreifen und müssen deutlich seltener materielle Entbehrungen hinnehmen als die übrigen Altersgruppen. So waren 2015 insgesamt 1,9% der Personen im Rentenalter nicht in der Lage, rechtzeitig alle ihre Rechnungen zu bezahlen, während es bei den 18- bis 64-Jährigen 9,3% waren.

Literaturhinweise

Bundesamt für Statistik (BFS). 2017a. *Medienmitteilung. Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern nehmen weiter ab*. BFS, Neuchâtel

Bundesamt für Statistik (BFS). 2017b. *Sozialhilfe im weiteren Sinn von 2006 bis 2014*. BFS, Neuchâtel

Bundesamt für Statistik (BFS). 2015. *Statistischer Sozialbericht Schweiz 2015*. BFS, Neuchâtel

¹⁸ Verhältnis zwischen der Anzahl unterstützter Haushalte und der Anzahl Privathaushalte gemäss der Statistik der Bevölkerung und der Haushalte (STATPOP) des Vorjahres

¹⁹ Seit 2011 wird die Sozialhilfequote anhand der Referenzbasis STATPOP berechnet. Zuvor wurde die Statistik des jährlichen Bevölkerungsstandes (ESPOP) als Referenzbasis verwendet. Der Wechsel von der ESPOP zur STATPOP hatte Auswirkungen auf die Sozialhilfequote gewisser Gruppen.

²⁰ Diese Quote beinhaltet alle Personen, deren verfügbares Haushaltseinkommen unter der Armutsgrenze liegt. Diese basiert auf dem sozialen Existenzminimum gem. Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) und besteht aus einem Pauschalbetrag für den Lebensunterhalt, den individuellen Wohnkosten sowie monatlich 100 Franken pro Person ab 16 Jahren für weitere Auslagen. Im Jahr 2015 betrug die Armutsgrenze durchschnittlich 2239 Franken pro Monat für eine Einzelperson und 3984 Franken pro Monat für einen Haushalt mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren.

Das BFS veröffentlicht auch eine relative Armutsquote, die hier nicht vorgestellt wird. Für weitere Informationen siehe: www.statistik.ch → Statistiken finden → Wirtschaftliche und soziale Situation der Bevölkerung → Soziale Situation, Wohlbefinden und Armut → Armut und materielle Entbehrung.

²¹ Da die Methode der Datengrundlage (SLC-Erhebung) 2014 angepasst wurde, sind die Quoten ab diesem Jahr nicht mehr direkt mit jenen der Vorjahre vergleichbar.

Herausgeber:	Bundesamt für Statistik (BFS)
Auskunft:	Bundesamt für Statistik, Sektion Sozialanalysen, Tel. 058 463 64 21, info.sozan@bfs.admin.ch
Redaktion:	Nora Meister, BFS
Reihe:	Statistik der Schweiz
Themenbereich:	13 Soziale Sicherheit
Originaltext:	Französisch
Übersetzung:	Sprachdienste BFS
Layout:	Sektion DIAM, Prepress/Print
Grafiken:	Sektion DIAM, Prepress/Print
Titelseite:	BFS; Konzept: Netthoevel & Gaberthüel, Biel; Foto: © Auke Holwerda – istockphoto.com
Druck:	in der Schweiz
Copyright:	BFS, Neuchâtel 2017 Wiedergabe unter Angabe der Quelle für nichtkommerzielle Nutzung gestattet
Bestellungen Print:	Bundesamt für Statistik, CH-2010 Neuchâtel, Tel. 058 463 60 60, Fax 058 463 60 61, order@bfs.admin.ch
Preis:	gratis
Download:	www.statistik.ch (gratis)
BFS-Nummer:	1200-1501